

**Antrag der Redaktionskommission**

vom 03.07.2013

<p><b>Verordnung über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen (VVD)</b></p> <p>Der Gemeinderat erlässt, gestützt auf Art. 41 lit. I der Gemeindeordnung, folgende Verordnung:</p>	001	<p><b>Verordnung über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen (VVD)</b></p> <p>Der Gemeinderat erlässt, gestützt auf Art. 41 lit. I der Gemeindeordnung, folgende Verordnung:</p>
	002	
<p><b>1. Geltungsbereich und Begriffe</b></p>	003	<p><b>1. Geltungsbereich und Begriffe</b></p>
<p>Geltungsbe- <b>Art. 1</b> reich</p>	004	<p>Geltungsbe- <b>Art. 1</b> reich</p>
<p><sup>1</sup> Diese Verordnung findet Anwendung auf Vertretungen der Stadt in Organen juristischer Personen des privaten und öffentlichen Rechts (Drittinstitutionen), unabhängig von deren Rechtsform.</p>	005	<p><sup>1</sup> Diese Verordnung findet Anwendung auf Vertretungen der Stadt in Organen juristischer Personen des privaten und öffentlichen Rechts (Drittinstitutionen), unabhängig von deren Rechtsform.</p>
<p><sup>2</sup> Als städtische Vertretungen gelten:</p> <p>a) Organmitglieder, die vom Stadtrat abgeordnet worden sind (abgeordnete Vertreterinnen und Vertreter, Abgeordnete);</p> <p>b) Organmitglieder, die auf Vorschlag des Stadtrats vom zuständigen Organ gewählt wurden (gewählte Vertreter-</p>	006	<p><sup>2</sup> Als städtische Vertretungen gelten:</p> <p><u>a.</u> Organmitglieder, die vom Stadtrat abgeordnet worden sind (abgeordnete Vertreterinnen und Vertreter, Abgeordnete);</p> <p><u>b.</u> Organmitglieder, die auf Vorschlag des Stadtrats vom zuständigen Organ gewählt wurden (gewählte Vertreterinnen</p>

rinnen und Vertreter).		und Vertreter).
	007	
Vorbehalt <b>Art. 2</b>	008	Vorbehalt <b>Art. 2</b>
Diese Verordnung kommt zur Anwendung, soweit im übergeordneten Recht sowie in den Beschlüssen, Verträgen und Erlassen, die der Wahl zugrunde liegen, keine abweichenden Bestimmungen enthalten sind.	009	Diese Verordnung kommt zur Anwendung, soweit im übergeordneten Recht sowie in den Beschlüssen, Verträgen und Erlassen, die der Wahl zugrunde liegen, keine abweichenden Bestimmungen enthalten sind.
	010	
Vorgesetzte <b>Art. 3</b> Stelle	011	Vorgesetzte <b>Art. 3</b> Stelle
<sup>1</sup> Die vorgesetzte Stelle im Sinne dieser Verordnung ist a) für städtische Angestellte, ausgenommen Dienstchefinnen und Dienstchefs: die Dienstchefin oder der Dienstchef; b) für Mitglieder des Stadtrats: der Stadtrat; oder c) für übrige Delegierte: die Vorsteherin oder der Vorsteher des Departements, das dem Stadtrat die Vertreterin oder den Vertreter vorgeschlagen hat.	012	<sup>1</sup> Die vorgesetzte Stelle im Sinne dieser Verordnung ist: <u>a.</u> für städtische Angestellte, ausgenommen Dienstchefinnen und Dienstchefs: die Dienstchefin oder der Dienstchef; <u>b.</u> für Mitglieder des Stadtrats: der <b>Stadtrat</b> ; <u>c.</u> für übrige Delegierte: die Vorsteherin oder der Vorsteher des Departements, das dem Stadtrat die Vertreterin oder den Vertreter vorgeschlagen hat.
<sup>2</sup> Die Vorsteherin oder der Vorsteher des Antrag stellenden Departements kann für fachliche Fragen eine andere Stelle für zuständig erklären.	013	<sup>2</sup> Die Vorsteherin oder der Vorsteher des Antrag stellenden Departements kann für fachliche Fragen eine andere Stelle für zuständig erklären.
<sup>3</sup> Die vorgesetzte Stelle gemäss Abs. 1 kann ihre Aufgaben und Kompetenzen delegieren.	014	<sup>3</sup> Die vorgesetzte Stelle gemäss Abs. 1 kann ihre Aufgaben und Kompetenzen delegieren.
	015	

<b>2. Bestellung der Vertreterinnen und Vertreter</b>	016	<b>2. Bestellung der Vertreterinnen und Vertreter</b>
Wählbarkeit <b>Art. 4</b>	017	Wählbarkeit <b>Art. 4</b>
Als Vertreterin oder Vertreter abgeordnet oder vorgeschlagen werden können städtische Angestellte, Behördenmitglieder sowie für die betreffende Funktion besonders geeignete Dritte.	018	Als Vertreterin oder Vertreter abgeordnet oder vorgeschlagen werden können städtische Angestellte, Behördenmitglieder sowie für die betreffende Funktion besonders geeignete Dritte.
	019	
Auswahl <b>Art. 5</b>	020	Auswahl <b>Art. 5</b>
<sup>1</sup> Für die Auswahl sind in erster Linie fachliche Kompetenz, Zuständigkeit für das betreffende Aufgabengebiet und zeitliche Verfügbarkeit massgebend.	021	<sup>1</sup> Für die Auswahl sind in erster Linie fachliche Kompetenz, Zuständigkeit für das betreffende Aufgabengebiet und zeitliche Verfügbarkeit massgebend.
<sup>2</sup> Unter den Vertreterinnen und Vertretern sollen beide Geschlechter angemessen vertreten sein.	022	<sup>2</sup> Unter den Vertreterinnen und Vertretern sollen beide Geschlechter angemessen vertreten sein.
<sup>3</sup> Soweit die abzuordnende oder vorzuschlagende Person nicht im Dienst der Stadt steht, sollte sie Wohnsitz in der Stadt oder Region Zürich haben oder sonst in enger Beziehung zur Stadt stehen. Die Ortsbindung ist nicht zwingend erforderlich, wenn die fachliche Qualifikation im Vordergrund steht.	023	<sup>3</sup> Soweit die abzuordnende oder vorzuschlagende Person nicht im Dienst der Stadt steht, sollte sie Wohnsitz in der Stadt oder Region Zürich haben oder sonst in enger Beziehung zur Stadt stehen. Die Ortsbindung ist nicht zwingend erforderlich, wenn die fachliche Qualifikation im Vordergrund steht.
	024	
Interessenbindungen <b>Art. 6</b>	025	Interessenbindungen <b>Art. 6</b>
<sup>1</sup> Die abzuordnende oder vorzuschlagende Person informiert	026	<sup>1</sup> Die abzuordnende oder vorzuschlagende Person informiert

<p>den Stadtrat vor der Wahl über ihre</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) beruflichen Tätigkeiten;</li> <li>b) Tätigkeiten in anderen Organen, Führungs- und Aufsichtsgremien, Beiräten und ähnlichen Gremien;</li> <li>c) Beratungstätigkeit oder Tätigkeit als Expertin oder Experte;</li> <li>d) geschäftlichen Beziehungen mit der Drittinstitution, in der sie die Stadt vertreten soll oder mit dieser in geschäftlicher Beziehung stehenden Organisationen (Holdinggesellschaften, Tochterfirmen, Partnergesellschaften u. ä.);</li> <li>e) finanzielle Beteiligungen an der Drittinstitution und Anwartschaften gegenüber dieser oder mit dieser in einer geschäftlichen Beziehung stehenden Organisationen (Holdinggesellschaften, Tochterfirmen, Partnergesellschaften u. ä.); und</li> <li>f) Mitwirkung in Kommissionen, Tätigkeiten für Interessengruppen, politische Ämter.</li> </ul>		<p>den Stadtrat vor der Wahl <b>über:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li><b>a. ihre</b> beruflichen Tätigkeiten;</li> <li><b>b. ihre</b> Tätigkeiten in anderen Organen, Führungs- und Aufsichtsgremien, Beiräten und ähnlichen Gremien;</li> <li><b>c. ihre</b> Beratungstätigkeit oder Tätigkeit als Expertin oder Experte;</li> <li><b>d. ihre</b> geschäftlichen Beziehungen mit der <b>Drittinstitution oder</b> mit dieser in geschäftlicher Beziehung stehenden Organisationen (Holdinggesellschaften, Tochterfirmen, Partnergesellschaften u. ä.);</li> <li><b>e. ihre finanziellen</b> Beteiligungen an der <b>Drittinstitution oder mit dieser in geschäftlicher</b> Beziehung stehenden Organisationen (Holdinggesellschaften, Tochterfirmen, Partnergesellschaften u. ä.);</li> <li><b>f. ihre Anwartschaften gegenüber der Drittinstitution oder mit dieser in geschäftlicher Beziehung stehenden Organisationen (Holdinggesellschaften, Tochterfirmen, Partnergesellschaften u. ä.);</b></li> <li><b>g. ihre</b> Mitwirkung in <b>Kommissionen;</b></li> <li><b>h. ihre</b> Tätigkeiten für <b>Interessengruppen;</b></li> <li><b>i. ihre politischen Ämter.</b></li> </ul>
<p><sup>2</sup> Diese Angaben sind nicht öffentlich. Sie stehen den Mitgliedern des Stadtrats und der Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderats zur Einsicht offen.</p>	027	<p><sup>2</sup> Diese Angaben sind nicht öffentlich. Sie stehen den Mitgliedern des Stadtrats und der Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderats zur Einsicht offen.</p>
	028	
<p>Zuständiges <b>Art. 7</b> Organ</p>	029	<p>Zuständiges <b>Art. 7</b> Organ</p>
<p><sup>1</sup> Der Stadtrat ist das Wahlorgan für sämtliche städtischen Abordnungen und bestimmt die Wahlvorschläge für städti-</p>	030	<p><sup>1</sup> Der Stadtrat ist das Wahlorgan für sämtliche städtischen Abordnungen und bestimmt die Wahlvorschläge für städti-</p>

sche Vertretungen. Vorbehalten bleiben Wahlen, die gemäss besonderen Rechtsgrundlagen dem Gemeinderat zustehen.		sche Vertretungen. Vorbehalten bleiben Wahlen, die gemäss besonderen Rechtsgrundlagen dem Gemeinderat zustehen.
<sup>2</sup> Der Stadtrat informiert den Gemeinderat über die von ihm bestimmten und vorgeschlagenen Vertretungen in geeigneter Form.	031	<sup>2</sup> Der Stadtrat informiert den Gemeinderat über die von ihm bestimmten und vorgeschlagenen Vertretungen in geeigneter Form.
	032	
<b>3. Beginn und Ende der Vertretung</b>	033	<b>3. Beginn und Ende der Vertretung</b>
Amtsdauer <b>Art. 8</b>	034	Amtsdauer <b>Art. 8</b>
<sup>1</sup> Die Amtsdauer der Abgeordneten beträgt vier Jahre und beginnt am 1. September nach der Erneuerungswahl des Stadtrats, sofern die massgebenden Rechtsgrundlagen nichts anderes festlegen.	035	<sup>1</sup> Die Amtsdauer der Abgeordneten beträgt vier Jahre und beginnt am 1. September nach der Erneuerungswahl des Stadtrats, sofern die massgebenden Rechtsgrundlagen nichts anderes festlegen.
<sup>2</sup> Für jede neue Amtsdauer findet spätestens im August nach der Erneuerungswahl des Stadtrats eine Gesamterneuerungswahl der Abordnungen statt.	036	<sup>2</sup> Für jede neue Amtsdauer findet spätestens im August nach der Erneuerungswahl des Stadtrats eine <b><u>Erneuerungswahl</u></b> aller Abordnungen statt.
<sup>3</sup> Das Mandat von Abgeordneten, die während der Amtsdauer gewählt werden, endet mit deren Ablauf.	037	<sup>3</sup> Das Mandat von Abgeordneten, die während der Amtsdauer gewählt werden, endet mit deren Ablauf.
<sup>4</sup> Für gewählte Vertreterinnen und Vertreter gelten Abs. 1 bis 3 unter Vorbehalt der statuarischen Bestimmungen der Drittinstitution.	038	<sup>4</sup> Für gewählte Vertreterinnen und Vertreter gelten Abs. 1 bis 3 unter Vorbehalt der statuarischen Bestimmungen der Drittinstitution.
	039	
Amtszeit <b>Art. 9</b>	040	Amtszeit <b>Art. 9</b>

<sup>1</sup> Die Abgeordneten können wieder gewählt werden.	041	<sup>1</sup> Die Abgeordneten können wieder gewählt werden.
<sup>2</sup> Für städtische Angestellte und Behördenmitglieder endet die Abordnung mit ihrem Ausscheiden aus städtischen Diensten. Beim Vorliegen besonderer Umstände kann das Mandat ausnahmsweise für die erforderliche Zeit bis zum Abschluss eines befristeten Projekts, höchstens aber für zwei Jahre verlängert werden. Die Verlängerung ist durch den Stadtrat zu beschliessen.	042	<sup>2</sup> Für städtische Angestellte und Behördenmitglieder endet die Abordnung mit ihrem Ausscheiden aus städtischen Diensten. Beim Vorliegen besonderer Umstände kann das Mandat ausnahmsweise für die erforderliche Zeit bis zum Abschluss eines befristeten Projekts, höchstens aber für zwei Jahre verlängert werden. Die Verlängerung ist durch den Stadtrat zu beschliessen.
<sup>3</sup> Die Abgeordneten können ihre Tätigkeit längstens bis zum Ende jenes Jahres ausüben, in dem sie 70 Jahre alt werden. Ist eine Vertretung der älteren Generation erforderlich, kann von dieser Altersgrenze abgewichen werden.	043	<sup>3</sup> Die Abgeordneten können ihre Tätigkeit längstens bis zum Ende jenes Jahres ausüben, in dem sie 70 Jahre alt werden. Ist eine Vertretung der älteren Generation erforderlich, kann von dieser Altersgrenze abgewichen werden.
<sup>4</sup> Für gewählte Vertreterinnen und Vertreter gelten Abs. 1 bis 3 nur hinsichtlich des Beschlusses über den Wahlvorschlag.	044	<sup>4</sup> Für gewählte Vertreterinnen und Vertreter gelten Abs. 1 bis 3 nur hinsichtlich des Beschlusses über den Wahlvorschlag.
	045	
Abberufung <b>Art. 10</b> von Abgeordneten	046	Abberufung <b>Art. 10</b> von Abgeordneten
Der Stadtrat kann Abgeordnete während der Amtsdauer abberufen.	047	Der Stadtrat kann Abgeordnete während der Amtsdauer abberufen.
	048	
<b>4. Aufgaben und Stellung der Vertreterinnen und Vertreter</b>	049	<b>4. Aufgaben und Stellung der Vertreterinnen und Vertreter</b>
Berichterstattung <b>Art. 11</b>	050	Berichterstattung <b>Art. 11</b>

		051	
	<sup>1</sup> Die Vertreterin oder der Vertreter informiert die vorgesetzte Stelle regelmässig in geeigneter Form über alle wesentlichen Entwicklungen bei der Drittinstitution, insbesondere über die Entwicklung der Finanzlage, die Zusammensetzung der Organe und die Anteilseigner mit mehr als 5 % des Kapitals oder der Stimmen. Sie oder er sorgt dafür, dass die vorgesetzte Stelle sämtliche Berichte erhält, die die Drittinstitution über ihre Geschäftstätigkeit publiziert. Die Berichte stehen der Geschäftsprüfungskommission und der Rechnungsprüfungskommission des Gemeinderats zur Einsicht offen.		<sup>1</sup> Die Vertreterin oder der Vertreter informiert die vorgesetzte Stelle regelmässig in geeigneter Form über alle wesentlichen Entwicklungen bei der Drittinstitution, insbesondere über die Entwicklung der Finanzlage, die Zusammensetzung der Organe und die Anteilseigner mit mehr als 5 % des Kapitals oder der Stimmen. Sie oder er sorgt dafür, dass die vorgesetzte Stelle sämtliche Berichte erhält, die die Drittinstitution über ihre Geschäftstätigkeit publiziert. Die Berichte stehen der Geschäftsprüfungskommission und der Rechnungsprüfungskommission des Gemeinderats zur Einsicht offen.
	<sup>2</sup> Die Berichterstattungspflicht gilt für gewählte Vertreterinnen und Vertreter soweit, als sie nicht durch übergeordnetes Recht eingeschränkt wird.	052	<sup>2</sup> Die Berichterstattungspflicht gilt für gewählte Vertreterinnen und Vertreter soweit, als <b>es die Geheimhaltungspflicht gegenüber der Drittinstitution zulässt.</b>
		053	
Rechen- schaft	<b>Art. 12</b>	054	Rechen- schaft <b>Art. 12</b>
	<sup>1</sup> Die oder der Abgeordnete führt sämtliche Akten, die sie oder er in Zusammenhang mit dem Mandat erhalten oder erstellt hat, ordnungsgemäss nach und hält sie jederzeit zur Einsichtnahme durch die vorgesetzte Stelle zur Verfügung.	055	<sup>1</sup> Die oder der Abgeordnete führt sämtliche Akten, die sie oder er in Zusammenhang mit dem Mandat erhalten oder erstellt hat, ordnungsgemäss nach und hält sie jederzeit zur Einsichtnahme durch die vorgesetzte Stelle zur Verfügung.
	<sup>2</sup> Bei Beendigung des Mandats übergibt sie oder er die Akten geordnet und gegen Übernahmebestätigung. Die Übergabe erfolgt nach Anweisung der vorgesetzten Stelle entweder an diese selbst oder an die Nachfolgerin oder den Nachfolger.	056	<sup>2</sup> Bei Beendigung des Mandats übergibt sie oder er die Akten geordnet und gegen Übernahmebestätigung. Die Übergabe erfolgt nach Anweisung der vorgesetzten Stelle entweder an diese selbst oder an die Nachfolgerin oder den Nachfolger.
	<sup>3</sup> Abs. 1 und 2 finden auf gewählte Vertreterinnen und Vertreter soweit Anwendung, als es die Geheimhaltungspflichten	057	<sup>3</sup> Abs. 1 und 2 finden auf gewählte Vertreterinnen und Vertreter soweit Anwendung, als es die <b>Geheimhaltungspflicht</b>

gegenüber der Drittinstitution zulassen.		gegenüber der Drittinstitution <b>zulässt</b> .
	058	
Verhinderung <b>Art. 13</b>	059	Verhinderung <b>Art. 13</b>
Ist die Vertreterin oder der Vertreter an der Ausübung der Funktion über längere Zeit verhindert, informiert sie oder er die vorgesetzte Stelle. Diese kann bei Abgeordneten nach Rücksprache mit der Drittinstitution eine Stellvertretung oder die Ablösung veranlassen.	060	Ist die Vertreterin oder der Vertreter an der Ausübung der Funktion über längere Zeit verhindert, informiert sie oder er die vorgesetzte Stelle. Diese kann bei Abgeordneten nach Rücksprache mit der Drittinstitution eine Stellvertretung oder die Ablösung veranlassen.
	061	
Ausstand von Abgeordneten <b>Art. 14</b>	062	Ausstand von Abgeordneten <b>Art. 14</b>
<sup>1</sup> Abgeordnete, die eine Entscheidung zu treffen, dabei mitzuwirken oder sie vorzubereiten haben, treten in den Ausstand, wenn sie in der Sache persönlich befangen erscheinen.	063	<sup>1</sup> Abgeordnete, die eine Entscheidung zu treffen, dabei mitzuwirken oder sie vorzubereiten haben, treten in den Ausstand, wenn sie in der Sache persönlich befangen erscheinen.
<sup>2</sup> Dies gilt insbesondere, wenn sie a) in der Sache ein persönliches Interesse haben; b) mit einer Partei in gerader Linie oder in der Seitenlinie bis zum dritten Grad verwandt oder verschwägert oder durch Ehe, eingetragene Partnerschaft, Verlobung oder Kindesannahme verbunden sind; oder c) Vertreterin oder Vertreter einer Partei sind oder für eine Partei in der gleichen Sache tätig waren.	064	<sup>2</sup> Dies gilt insbesondere, wenn <b>sie</b> : <b>a.</b> in der Sache ein persönliches Interesse haben; <b>b.</b> mit einer Partei in gerader Linie oder in der Seitenlinie bis zum dritten Grad verwandt oder verschwägert oder durch Ehe, eingetragene Partnerschaft, Verlobung oder Kindesannahme verbunden sind; oder <b>c.</b> Vertreterin oder Vertreter einer Partei sind oder für eine Partei in der gleichen Sache tätig waren.

	<sup>3</sup> Im Zweifelsfall entscheidet die vorgesetzte Stelle über den Ausstand.	065		<sup>3</sup> Im Zweifelsfall entscheidet die vorgesetzte Stelle über den Ausstand.
		066		
Interessen- konflikte	<b>Art. 15</b>	067	Interessen- konflikte	<b>Art. 15</b>
	<sup>1</sup> Die Vertreterin oder der Vertreter informiert die vorgesetzte Stelle umgehend und soweit als möglich im Voraus schriftlich über neu eintretende Interessenkonflikte sowie über neue Interessenbindungen gemäss Art. 6.	068		<sup>1</sup> Die Vertreterin oder der Vertreter informiert die vorgesetzte Stelle umgehend und soweit als möglich im Voraus schriftlich über neu eintretende Interessenkonflikte sowie über neue Interessenbindungen gemäss Art. 6.
	<sup>2</sup> Die vorgesetzte Stelle ergreift die Massnahmen, die zur Wahrung der städtischen Interessen nötig sind.	069		<sup>2</sup> Die vorgesetzte Stelle ergreift die Massnahmen, die zur Wahrung der städtischen Interessen nötig sind.
	<sup>3</sup> Sie kann insbesondere die Abgeordnete oder den Abgeordneten vorsorglich freistellen oder dem Stadtrat die Abberufung beantragen. Dies gilt namentlich dann, wenn die oder der Abgeordnete eine Interessenbindung (Art. 6) nicht beseitigt oder sich der Interessenkonflikt nicht auf andere Weise lösen lässt. Die oder der Abgeordnete ist vor dem Entscheid anzuhören.	070		<sup>3</sup> Sie kann insbesondere die Abgeordnete oder den Abgeordneten vorsorglich freistellen oder dem Stadtrat die Abberufung beantragen. Dies gilt namentlich dann, wenn die oder der Abgeordnete eine Interessenbindung <b>gemäss Art. 6</b> nicht beseitigt oder sich der Interessenkonflikt nicht auf andere Weise lösen lässt. Die oder der Abgeordnete ist vor dem Entscheid anzuhören.
		071		
Revers	<b>Art. 16</b>	072	Revers	<b>Art. 16</b>
	Die Vertreterinnen und Vertreter unterzeichnen bei Antritt des Mandats einen Revers, mit dem sie bestätigen, von dieser Verordnung und von ihrer Verantwortung gemäss Merkblatt der Rechtskonsultantin oder des Rechtskonsulenten des Stadtrats Kenntnis genommen zu haben.	073		Die Vertreterinnen und Vertreter unterzeichnen bei Antritt des Mandats einen Revers, mit dem sie bestätigen, von dieser Verordnung und von ihrer Verantwortung gemäss Merkblatt der Rechtskonsultantin oder des Rechtskonsulenten des Stadtrats Kenntnis genommen zu haben.

	074	
Personalak- <b>Art. 17</b> ten	075	Personalak- <b>Art. 17</b> ten
Dokumente, die mit der Vertretung in Zusammenhang stehen, sind bei städtischen Angestellten und Behördenmitgliedern den Personalakten beizufügen. Bei den übrigen Vertreterinnen und Vertretern führt die vorgesetzte Stelle oder das zuständige Departement das entsprechende Dossier.	076	Dokumente, die mit der Vertretung in Zusammenhang stehen, sind bei städtischen Angestellten und Behördenmitgliedern den Personalakten beizufügen. Bei den übrigen Vertreterinnen und Vertretern führt die vorgesetzte Stelle oder das zuständige Departement das entsprechende Dossier.
	077	
Entschädi- <b>Art. 18</b> gung von Vertreterin- nen und Vertretern	078	Entschädi- <b>Art. 18</b> gung von Vertreterin- nen und Vertretern
<sup>1</sup> Für ihre Tätigkeit werden die Vertreterinnen und Vertreter durch die Stadt separat entschädigt, soweit die Tätigkeit ausserhalb der Arbeitszeit verrichtet und von der Drittinstitution nicht entschädigt wird.	079	<sup>1</sup> Für ihre Tätigkeit werden die Vertreterinnen und Vertreter durch die Stadt separat entschädigt, soweit die Tätigkeit ausserhalb der Arbeitszeit verrichtet und von der Drittinstitution nicht entschädigt wird.
<sup>2</sup> Der Stadtrat legt diese Entschädigungen auf Antrag der Vorsteherin oder des Vorstehers des Finanzdepartments in einem besonderen Beschluss fest. Die Ansätze sind periodisch der Teuerung anzupassen.	080	<sup>2</sup> Der Stadtrat legt diese <b>Entschädigung</b> auf Antrag der Vorsteherin oder des Vorstehers des Finanzdepartments in <b>ei- nem Beschluss</b> fest. Die Ansätze sind periodisch der Teuerung anzupassen.
	081	
Ablieferung <b>Art. 19</b> von Ent-	082	Ablieferung <b>Art. 19</b> von Ent-

schädigungen		schädigungen
<p><sup>1</sup> Die Vertreterinnen und Vertreter sind verpflichtet, von der Drittinstitution ausgerichtete Entschädigungen und Erfolgsvergütungen jeder Form offen zu legen. Es wird eine jährliche Erhebung über diese Leistungen durchgeführt.</p>	083	<p><sup>1</sup> Die Vertreterinnen und Vertreter sind verpflichtet, von der Drittinstitution ausgerichtete Entschädigungen und Erfolgsvergütungen jeder Form offen zu legen. Es wird eine jährliche Erhebung über diese Leistungen durchgeführt.</p>
<p><sup>2</sup> Erfolgsvergütungen, namentlich Gewinnausschüttungen, Gewinnbeteiligungen, Tantiemen, Provisionen oder Boni, sind vollständig der Stadtkasse abzuliefern. Ebenfalls vollständig abzuliefern sind Entschädigungen einer Drittinstitution, soweit die Mandatstätigkeit innerhalb der bezahlten Arbeitszeit verrichtet wird.</p>	084	<p><sup>2</sup> Erfolgsvergütungen, namentlich Gewinnausschüttungen, Gewinnbeteiligungen, Tantiemen, Provisionen oder Boni, sind vollständig der Stadtkasse abzuliefern. Ebenfalls vollständig abzuliefern sind Entschädigungen einer Drittinstitution, soweit die Mandatstätigkeit innerhalb der bezahlten Arbeitszeit verrichtet wird.</p>
<p><sup>3</sup> Richtet die Drittinstitution Spesenersatz aus, so verbleibt dieser vollumfänglich der Vertreterin oder dem Vertreter. Werden die Spesen in den Leistungen der Drittinstitution nicht separat ausgeschieden, so gelten 15 Prozent dieser Leistungen als Spesen.</p>	085	<p><sup>3</sup> Richtet die Drittinstitution Spesenersatz <b>aus, verbleibt</b> dieser vollumfänglich der Vertreterin oder dem Vertreter. Werden die Spesen in den Leistungen der Drittinstitution nicht separat <b>ausgeschieden, gelten</b> 15 Prozent dieser Leistungen als Spesen.</p>
<p><sup>4</sup> Die Vertreterinnen und Vertreter liefern die weiteren Entschädigungen der Drittinstitution jährlich nach folgenden Ansätzen an die Stadtkasse ab:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) bis zum Betrag von 15 000 Franken jährlich: keine Ablieferung;</li> <li>b) bis zum Betrag von 25 000 Franken jährlich: die Hälfte des 15 000 Franken übersteigenden Betrags; oder</li> <li>c) bei Beträgen über 25 000 Franken jährlich: der 20 000 Franken übersteigende Betrag.</li> </ul> <p>Wird eine Vertreterin oder ein Vertreter von mehreren Drittinstitutionen entschädigt, so gelten die Ansätze für die</p>	086	<p><sup>4</sup> Die Vertreterinnen und Vertreter liefern die weiteren Entschädigungen der Drittinstitution jährlich nach folgenden Ansätzen an die Stadtkasse ab:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li><b>a.</b> bis zum Betrag von 15 000 Franken jährlich: keine Ablieferung;</li> <li><b>b.</b> bis zum Betrag von 25 000 Franken jährlich: die Hälfte des 15 000 Franken übersteigenden Betrags; oder</li> <li><b>c.</b> bei Beträgen über 25 000 Franken jährlich: der 20 000 Franken übersteigende <b>Betrag.</b></li> </ul>

gesamthaften Entschädigungen.		
	087 b	<sup>5</sup> <b>Wird</b> eine Vertreterin oder ein Vertreter von mehreren Drittinstitutionen <b>entschädigt, gelten</b> die Ansätze <b>gemäss Abs. 4</b> für die <b>gesamten</b> Entschädigungen.
<sup>5</sup> Abs. 1 bis 4 gelten auch für Entschädigungen von jeglichen Aufgaben und Funktionen, die die Vertreterinnen und Vertreter für die Drittinstitution übernommen haben.	087	<sup>6</sup> Abs. 1 bis <b>5</b> gelten auch für Entschädigungen von jeglichen Aufgaben und Funktionen, die die Vertreterinnen und Vertreter für die Drittinstitution übernommen haben.
<sup>6</sup> Der Stadtrat kann die Beträge gemäss Abs. 4 der Teuerung anpassen.	088	<sup>7</sup> Der Stadtrat kann die Beträge gemäss Abs. 4 der Teuerung anpassen.
<sup>7</sup> Für Vertreterinnen und Vertreter, die nicht im Dienst der Stadt stehen, kann der Stadtrat in Bezug auf Abs. 4 abweichende Regelungen treffen.	089	<sup>8</sup> Für Vertreterinnen und Vertreter, die nicht im Dienst der Stadt stehen, kann der Stadtrat in Bezug auf Abs. <b>4 und 5</b> abweichende Regelungen treffen.
<sup>8</sup> Die Vorsteherin oder der Vorsteher des Finanzdepartements kann für die einheitliche Anwendung und das Controlling ergänzende Ausführungsbestimmungen erlassen.	090	<sup>9</sup> Die Vorsteherin oder der Vorsteher des Finanzdepartements kann für die einheitliche Anwendung und das Controlling ergänzende Ausführungsbestimmungen erlassen.
	091	
Verantwortlichkeit <b>Art. 20</b>	092	Verantwortlichkeit <b>Art. 20</b>
<sup>1</sup> Die Stadt haftet für den Schaden, den ihre Abgeordneten verursachen gemäss Haftungsgesetz und den massgebenden Bestimmungen des Privatrechts. Wurde der Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht, kann sie auf die Abgeordnete oder den Abgeordneten Rückgriff nehmen.	093	<sup>1</sup> <b>Für Schäden, die die Abgeordneten verursachen, haftet die Stadt gemäss</b> Haftungsgesetz <b>(LS 170.1)</b> und <b>den Bestimmungen</b> des Privatrechts. Wurde der Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht, kann sie auf die Abgeordnete oder den Abgeordneten Rückgriff nehmen.
<sup>2</sup> Für gewählte Vertreterinnen und Vertreter kommen die	094	<sup>2</sup> Für gewählte Vertreterinnen und Vertreter kommen die

<p>Bestimmungen des Privatrechts zur Anwendung. Die Stadt hält sie schadlos, soweit sie den Schaden nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht haben.</p>		<p>Bestimmungen des Privatrechts zur Anwendung. Die Stadt hält <b>die Vertreterinnen und Vertreter</b> schadlos, soweit sie den Schaden nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht haben.</p>
<p><sup>3</sup>Die vorstehenden Bestimmungen gelten auch für Vertreterinnen und Vertreter, die nicht in einem aktiven Dienstverhältnis stehen.</p>	095	<p><sup>3</sup><b>Abs. 1 und 2</b> gelten auch für Vertreterinnen und Vertreter, die nicht in einem aktiven Dienstverhältnis <b>mit der Stadt</b> stehen.</p>
	096	
<p><b>5. Schlussbestimmung</b></p>	097	<p><b>5. Schlussbestimmung</b></p>
<p>Inkrafttreten <b>Art. 21</b></p>	098	<p>Inkrafttreten <b>Art. 21</b></p>
<p>Der Stadtrat setzt diese Verordnung in Kraft.</p>	099	<p>Der Stadtrat setzt diese Verordnung in Kraft.</p>
	100	
	101	
	102	<p>Zustimmung</p> <p>Präsident Mark Richli (SP), Referent; Ruth Anhorn (SVP), Christina Hug (Grüne), Simon Kälin (Grüne), Claudia Simon (FDP), Karin Weyermann (CVP)</p> <p>Enthaltung</p> <p>---</p> <p>Abwesend</p>

		<p>Irene Bernhard (GLP)</p>
--	--	-----------------------------

Für die Redaktionskommission

Präsident Mark Richli (SP)

Sekretär Christian Aeschbach